

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 26. Juni 1953

Blatt 1117

101.000 Schilling für den Sport

=====

26. Juni (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat wiederum aus dem Wiener Sportfonds einer Reihe von Turn- und Sportorganisationen Kostenbeiträge gewährt. Insgesamt wurden 101.000 Schilling bewilligt. Für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung eines Sportbetriebes wurden Subventionen in der Höhe von 1.000 bis 5.000 Schilling gegeben, für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen Subventionen in der Höhe von 2.500 bis 10.000 Schilling.

Die den Vereinen bewilligten Gelder werden ihren zuständigen Verbänden zur Weiterleitung übergeben, die die widmungsmäßige Verwendung überwachen müssen.

Umbau des Stubenringes

=====

26. Juni (RK) Wegen Umbaues des Stubenringes zwischen Dr. Karl Luger-Platz und Kopalplatz wird ab 29. Juni die Hauptfahrbahn der Ringstraße zwischen Zedlitzgasse und Rosenbursenstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Der Verkehr über Wollzeile - Dr. Karl Lueger-Platz - Weiskirchnerstraße wird vorerst noch in beiden Richtungen aufrechterhalten.

Die Fahrzeuglenker werden gebeten, die gesperrte Ringstrecke schon ab Aspernplatz bzw. Johannesgasse zu umfahren.

Deutsche und holländische Jugend im Rathaus

=====

26. Juni (RK) Seit vier Jahren führt die Gewerkschaft der Privatwirtschaft mit den Deutschen und Holländischen Gewerkschaften einen Austausch jugendlicher Gewerkschaftsangehöriger durch. Zwanzig Burschen und Mädchen aus Deutschland und ebensoviel aus Holland, die heuer an der Austauschaktion teilnehmen, besuchten heute das Wiener Rathaus, wo sie von Vizebürgermeister Honay empfangen und herzlich begrüßt wurden.

Vizebürgermeister Honay bezeichnete in seiner Begrüßungsansprache das gute Einvernehmen zwischen der Gewerkschaftsjugend Deutschlands und Hollands als ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden Völkerversöhnung. Er informierte dann die jungen Gäste über den Wiederaufbau Wiens und gedachte dabei des Opfermutes und der Solidarität des holländischen Volkes für Wien in den ersten Nachkriegsjahren.

Der Sprecher der holländischen Gruppe Henk Visser, aus Amsterdam, benützte die Gelegenheit, um den Wienern im Namen seiner Landsleute für die Hilfeleistung anlässlich der letzten Überschwemmungen an der niederländischen Küste zu danken. Die Holländer haben dankbar feststellen können, daß sie von ihren österreichischen Freunden nicht vergessen wurden. Für die deutsche Gewerkschaftsjugend dankte Gerhard Vetter aus Frankfurt am Main für die freundliche Aufnahme in Wien.

Die Gäste erhielten zur Erinnerung an ihren Besuch in Wien Bilderalben und wurden zur Besichtigung der Prunkräume des Rathauses eingeladen.

Gegen die Verschwendung von WasserEin dringender Appell der Wiener Wasserwerke

26. Juni (RK) Das im Sommer häufig auftretende Fallen des Wasserleitungsdruckes geht nicht, wie vielfach vermutet wird, auf Wassermangel zurück, sondern wird dadurch verursacht, daß ein Großteil der Bevölkerung Wasser in ungebührlichem Maße verschwendet. Dadurch werden die Leitungen überlastet und die Vorräte gelegentlich auch knapp. Der außergewöhnlich niedrig gehaltene Wasserpreis verleitet dazu, Wasser in unverantwortlichem Umfang zu Kühlzwecken zu verwenden, aber auch dazu, Verluste, die durch Undichtheiten in der Inneninstallation oder durch achtloses Rinnenlassen entstehen, nicht abzustellen. Es wird immer wieder beobachtet, daß in den Wohnhäusern vielfach der tatsächliche Verbrauch nicht einmal zur Hälfte durch den wirklichen Bedarf verursacht wird, sondern die überwiegende Menge durch Achtlosigkeit oder Verschwendung verloren geht. Das gleiche gilt auch für viele gewerbliche Betriebe. Die auf diese Weise verlorengelassene Wassermenge würde ausreichen, eine Großstadt wie Graz oder Linz zur Gänze zu versorgen.

Die Wiener Wasserwerke richten daher an die Bevölkerung den dringenden Appell, bei der Beseitigung dieser Mißstände durch **maßvollen Verbrauch und durch ordentliche Instandhaltung der Leitungseinrichtungen selbst mitzuwirken.**

Wiener Landtag

=====

26. Juni (RK) Unter dem Vorsitz seines zweiten Präsidenten Mühlhauser (ÖVP) trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung umfaßte einen einzigen Punkt, und zwar die fünfte Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über die Gesetzesvorlage, durch die das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien abgeändert wird. Er erinnerte daran, daß unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Verhandlungen über eine Bezugsregelung der Bundesbediensteten geführt worden sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist von der Bundesregierung dem Hauptausschuß des Nationalrates zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Die Bezugsregelung wurde deswegen notwendig, weil bei den Bezügen der Bundesbediensteten der bis Mitte 1951 dauernden Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht Rechnung getragen worden ist und die Bezüge auch mit denen der meisten anderen Berufsgruppen nicht Schritt hielten. Da im Interesse einer gleichartigen Behandlung aller öffentlich Bediensteten für die Beamten der Stadt Wien stets dieselben Maßnahmen wie für die Bundesbediensteten getroffen wurden, ist eine gleichartige Regelung auch für die städtischen Beamten erforderlich. Die Bezüge sollen also vom derzeit 3,7-fachen der in der Gehaltsordnung festgelegten Bezugsansätze auf das 4,7-fache gebracht werden oder auf das 4,4-fache plus 220 Schilling, wenn dies für den Beamten günstiger ist. Das gleiche gilt sinngemäß für die Pensionisten. Die Erhöhung wird in drei Etappen durchgeführt, von denen die erste mit drei Zehntel am 1. Juli wirksam wird, die zweite mit weiteren drei Zehntel spätestens am 1. Jänner 1955 und die dritte Etappe mit den letzten vier Zehntel spätestens am 1. Dezember 1955. Die Familienzulagen werden von 45 Schilling gleichfalls etappenweise auf 52, 59 und 68 Schilling erhöht, der Zuschlag zur Kinderzulage auf 45, 55 und 68 Schilling.

Die Mehrkosten, die dem Land Wien nach der Durchführung der ersten Stufe am 1. Juli 1953 erwachsen, betragen im Jahr

für den Magistrat 64,2 Millionen Schilling, für die Unternehmungen 49,3 Millionen, zusammen 113,5 Millionen Schilling; für das laufende Jahr betragen die Mehrkosten ungefähr die Hälfte dieses Betrages. Spätestens im Dezember 1955 belaufen sich die jährlichen Mehrkosten beim Magistrat auf 213,9 Millionen Schilling, bei den Unternehmungen auf 164,4 Millionen, zusammen auf 378,3 Millionen Schilling. Der Referent ersuchte um die Annahme der Gesetzesvorlage.

Abg. Doppler (WdU) wies einleitend darauf hin, daß die Gesetzesvorlage die Bezüge der öffentlich Bediensteten valorisieren und entnivellieren sollte. Diese Absicht bestand nicht erst seit gestern, sondern ist schon seit langem immer wieder ausgesprochen worden. Man hat nach Abschluß der Bezugsregelung betont, daß sie dem Staat und der Gemeinde viel Geld kostet. Man sprach auch davon, daß die Gefahr entstehen würde, das ganze Wirtschaftsgebäude des Staates könne in Schwierigkeiten geraten. Die Bezugsregelung stelle daher einen großen und grundsätzlichen Erfolg der Gewerkschaft dar. Der Redner sagte, daß dieser Erfolg jedoch nicht zu sehen sei. Es sei vielmehr ein einmaliger Vorgang in Österreich, eine solche Bezugsaufbesserung auf zweieinhalb Jahre hinaus vorzunehmen. Abg. Doppler trat daher für kürzere Etappen in der Durchführung der Regelung ein, die seiner Ansicht nach im Juli 1954 abzuschließen wären.

Als der Redner im Zusammenhang mit einem Bericht des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung von bevorstehenden Preiserhöhungen spricht, die die erste Etappe der Bezugsregelung unwirksam machen würden, kommt es zu lebhaften Gegenrufen. Der Redner bezeichnet die Vorlage als einen Betrug an den Beamten. (Erneut lebhafte Gegenrufe; Abg. Mistingner (ÖVP): "Aufgeordeter Demagog!") Diese Vorlage, sagte der Redner abschließend, ist wohl durch die Verhältnisse erzwungen, aber in Wirklichkeit kommt bei der ganzen Geschichte nichts heraus, als durchschnittlich 25 bis 100 Schilling für die breite Masse der öffentlich Bediensteten. Trotzdem werden die Unabhängigen für die Vorlage stimmen. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Dr. Soswinski (LBl.) verweist darauf, daß die Löhne und Gehälter nur auf das Vier- bis höchstens Fünffache, in besonderen Fällen auf das Sechsfache gestiegen sind, während die Preise der Waren das Sieben- bis Elffache betragen. (Abg. Frieda Nödl (SPÖ): Und wie ist das in den Satelittenstaaten und in Ostdeutschland?) Ich werde Ihnen die Antwort geben. (Abg. Frieda Nödl: Aber die richtige Antwort! - Stadtrat Resch (SPÖ): Die richtige Antwort sind offenbar Kanonen!)

Die richtige Antwort ist die, daß man diesen Leuten, den Faschisten, die wieder das Haupt erheben, das Handwerk legt. Die in Berlin diese Ereignisse angezettelt haben, sind Banditen, sind Faschisten! (Stürmische anhaltende Zwischenrufe bei den sozialistischen Abgeordneten.) Horst Wessel und Schlageter sind Ihre neuen Helden.

Die sozialistischen Abgeordneten protestieren in minutenlang anhaltenden stürmischen Zwischenrufen gegen den Redner, dessen weitere Ausführungen in der großen allgemeinen Unruhe unverständlich sind. Aus den Bänken der sozialistischen Abgeordneten hört man Rufe: Arbeitermörder! - Der Redner wirft ihnen darauf vor: Sie befinden sich in einer Linie mit den alten und mit den neuen Faschisten!

Präsident Mühlhauser bittet, die Würde des Hauses zu wahren, und fordert den Redner auf, zur Sache zu sprechen.

Dr. Soswinski setzt seine Ausführungen mit dem Hinweis fort, daß das Einkommen der arbeitenden Menschen im Verhältnis zu den Preissteigerungen zu gering sei. Im Verlauf seiner Rede wird er von den sozialistischen Abgeordneten wiederholt durch lebhaftes Zwischenrufe auf die Verhältnisse in Ostdeutschland, speziell auf die letzten Ereignisse in Berlin verwiesen. Es kommt mehrmals zu stürmischen Szenen.

Präsident Mühlhauser gibt wiederholt das Glockenzeichen. Er ruft den Redner zum zweiten Mal zur Sache und erteilt ihm den Ordnungsruf, weil er die Ostberliner als Banditen bezeichnet hatte.

Dr. Soswinski: Ich bitte, im Protokoll nachzulesen, ob ich das erklärt habe. Es ist entscheidend, setzt er fort, ob die Bediensteten mit ihrem geringen Lohn überhaupt auskommen können. Erst dann wird es interessant sein, zu untersuchen, ob auch der

26. Juni 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1123

Generaldirektor in der Dienstpostengruppe I mit seinem Gehalt auskommen kann. (Stadtrat Resch: Gilt der Grundsatz auch in Ostdeutschland?)

Auf Zwischenrufe erklärt der Redner noch einmal: Jawohl, das waren faschistische Methoden, wie man sie in Berlin angewendet hat!

Er stellt schließlich einen Resolutionsantrag, der Stadtsenat wolle Schritte unternehmen, um die Lage der großen Masse der Gemeindebediensteten zu verbessern, indem die Gehaltserhöhung für alle jene Gehaltsempfänger, deren Grundgehalt 281 Schilling nicht übersteigt, gegenüber den bisherigen Gehältern mit 25 Prozent festgesetzt wird. Zur Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage beantragt er eine Frist von vier Wochen.

Ein zweiter Antrag hat das Ziel, die Gehaltserhöhung nicht stufenweise auf zweieinhalb Jahre verteilt, sondern auf einmal mit 1. Juli 1953 wirksam werden zu lassen.

Wenn, schließt er, diese Vorlage auch keineswegs die Forderungen der Bediensteten erfüllt, können wir doch sagen, daß sie den Bediensteten und den Gewerkschaften die Möglichkeit gibt, auf dieser Grundlage den Kampf um eine weitere Verbesserung zu führen, und das allein ist der Grund, warum wir diesem Gesetz unsere Zustimmung geben.

In wiederholt von stürmischem Beifall seiner Parteigenossen, aber auch der Abgeordneten der ÖVP und des WdU begleiteten Ausführungen ^{wären} entgegnet Vizebürgermeister Honay (SPÖ) dem Abg. Dr. Soswinski,/ wir bereits Herren im eigenen Lande, erklärt der Vizebürgermeister, hätten wir den Arbeitern und Angestellten dieser Stadt auch schon bessere Lebensbedingungen sichern können. Es ist eine starke Zumutung, daß hier der Vertreter einer Gruppe, die einer Besatzungsmacht immer und immer wieder zjubelt und die gerade die größte Schuld daran trägt, daß wir bis heute noch keinen Staatsvertrag haben, ein Jammerlied über die finanzielle und wirtschaftliche Lage unserer städtischen Angestellten anstimmt. Dies dazu noch in einem Augenblick, wo sich in einem Lande, in dem die Bruderpartei des Sprechers unbeschränkt herrscht, Ereignisse abspielen, die gerade dem Linksblock in diesem Hause die moralische Verpflichtung auferlegt hätten, ruhig zu sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Ich glaube sagen

zu können, daß die gesamte Wiener Bevölkerung, soweit sie demokratisch denkt - und das ist der größte Teil - die Rede meines Vorredners als eine erbärmliche Provokation empfindet. (Lebhafte Zustimmung bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Was ist es denn anderes, wenn hier Lizitationspolitik in einem Zeitpunkt betrieben wird, zu dem sich zweifellos hunderttausende Angestellte in Ostdeutschland glücklich schätzen würden, so frei reden zu können wie wir in Wien. (Starker Beifall.) Wir werden als Demokraten gezwungen, hier diese Rede zu einem Zeitpunkt anzuhören, wo Ihre Freunde in Ostdeutschland die Arbeiter niederknüppeln (Rufe: Morden!), Menschen, die nicht mehr verlangt haben, als daß sie ein größeres Stück Brot bekommen. (Abg. Dr. Soswinski: Lüge! - Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialisten. - Gegenrufe beim Linksblock.) Bei dieser Rede hat es sich nicht nur um eine Provokation, sondern auch um eine Frechheit gehandelt. (Lebhafte Zustimmung bei den Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und WdU.) Ist es nicht ein Hohn auf die Demokratie, wenn hier von Freiheit, Menschenrechten und davon gesprochen wird, daß unsere städtischen Angestellten schlecht bezahlt und behandelt werden, wenn dort, wo Ihre Freunde herrschen, gegen streikende Arbeiter russische Standgerichte aufgeboden werden und der Ausnahmezustand verhängt wird?

(Der Vorsitzende erteilt dem Abg. Dr. Soswinski für den Ausruf "Lüge" erneut einen Ordnungsruf.)

Vizebürgermeister Honay erinnert weiter daran, daß in Ostdeutschland ein Terror sondergleichen wütet, daß der Machtapparat einer schamlosen Diktatur aufgeboden wird, um die um ihre Rechte kämpfende Arbeiterschaft mit Maschinenpistolen niederzumachen. Dort werden gegen Arbeiter, die ein größeres Stück Brot begehren, Panzer und Maschinenpistolen eingesetzt. Es werden Hinrichtungskommandos gebildet und Todesurteile am laugenden Band gegen diese um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter gefällt. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Abgeordneten des Linksblocks - Stürmische Gegenrufe bei den Abgeordneten der anderen Parteien.)

An den Händen der Männer, die in Ostdeutschland für diese Verbrechen verantwortlich sind, klebt Blut, und Sie, apostrophiert Redner den Abgeordneten Dr. Soswinski, werden mit Ihrer Rede das Blut von den Händen dieser Leute nicht abwaschen kön-

nen. Der Landtag fühlt mit diesen Märtyrern der Demokratie und weist die infame Beschimpfung, die Dr. Soswinski diesen Freiheitskämpfern hat widerfahren lassen, mit schärfster Entrüstung zurück. (Starker anhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

Nicht nur wir in diesem Hause, sondern mit uns die gesamte demokratisch fühlende Bevölkerung der Republik Österreich verneigt sich in tiefer Ehrfurcht und aufrichtiger Trauer vor den Opfern der Gewaltherrschaft, die eine Gruppe von gewissen- und skrupellosen Menschen aufgerichtet hat, die die Demokratie und Kultur schändet und Verbrechen auf Verbrechen auf Menschen häuft, die nichts anderes wollen, als ein demokratisches Leben führen. Das freie Wien grüßt alle, die unter der Gewaltherrschaft in Ostdeutschland leiden, und drückt diesen Menschen die wärmste Sympathie unseres Landes aus. (Die Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und WdU erheben sich im Gedenken an die Blutopfer in Ostdeutschland von ihren Sitzen. Da die Abgeordneten des Linksblockes sitzen bleiben, kommt es neuerdings zu stürmischer Unruhe sowie zu lebhaften, anhaltenden Zwischen- und Gegenrufen.)

Die jüngsten Ereignisse in Ostdeutschland, schließt Vizebürgermeister Horny seine Rede, sind ein warnendes Beispiel, aber zugleich ein Menetekel, das auch die Tyrannenmacht eine Grenze hat. Das lehrt uns die Geschichte aller Diktaturen. Auch in Ostdeutschland wird der Tag kommen, da die Menschen frei atmen und in einem demokratischen Gemeinwesen arbeiten können.

Sie aber, ruft er den Abgeordneten des Linksblockes zu, die hier in einem freien Lande leben, sollten endlich aufhören, mit den Rechten, die Ihnen die Demokratie eingeräumt hat, auf erbärmlichste Art Schindluder zu treiben. Sie sollten die Demokratie nicht länger mißbrauchen. Wir werden uns in unserer Arbeit von denen, die Tag für Tag die Demokratie im Munde führen, sie aber ebenso Tag für Tag schänden, nicht im geringsten beirren lassen. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU. - Redner wird beglückwünscht.)

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) drückt sein Bedauern darüber aus, daß es im Zusammenhang mit der Novellierungsvorlage, die den Bediensteten der Stadt Wien eine Verbesserung ihres Lebensstandards bringt, zu derartigen Zwischenfällen gekommen ist. Er erklärt, GR.Dr. Soswinski habe im gleichen Moment,

als er für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einer großen Gruppe sprach, tapfer kämpfende und sterbende Menschen infam beschimpft und sie als Faschisten bezeichnet. Von lebhaften Zwischenrufen des Linksblocks unterbrochen führt Vizebürgermeister Weinberger weiter aus: Nicht nur Wien und Europa, sondern die ganze freie Welt steht unter dem erschütternden Eindruck dieses furchtbaren Geschehnisses in Ostberlin. Ein Hilfe- und Notschrei eines armen und gequälten Volkes, armer Arbeiter und Bauern ist zu uns gedrungen. Es sind dies keine Leute, die einen Putsch inszeniert haben, sie wollten Abrechnung halten mit solchen, wie wir sie auch hier vertreten haben, die es immer wieder unternehmen, gegen das eigene Volk zugunsten eines anderen Stellung zu nehmen. Es ist beschämend, daß die gleichen Männer, die sonst vor Humanität übertrieben und sich nicht genug für die Rosenbergs einsetzen konnten - deren Justifizierung ich auch nicht billige, die aber nach dem Gesetz und dem Recht eines freien Volkes und Staates erfolgte - kein Wort des Mitleides für solche Arbeiter aufbringen, die ohne jedes Urteil und ohne jede Voruntersuchung und Verteidigung an die Wand gestellt und niedergeschossen wurden. Es ist eine Schande, daß sie diese Tatsache noch zu decken versuchen. Die Ereignisse von Berlin sind das, als was sie der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer bei der großen Trauerfeier in Berlin, an der Hunderttausende teilnahmen, bezeichnet hat. Wir schließen uns seinen Worten an, deren Schluß lautete: "Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen. Wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen, wir werden nicht ruhen und nicht rasten bis es wieder die Freiheit hat!" Wir alle stehen erschüttert vor diesen jüngsten Blutzügen im weltweiten Kampf um die Freiheit und um die Gerechtigkeit und Menschenwürde. Es sind diese Blutzügen nur Glieder einer langen Reihe von Kämpferinnen und Kämpfern um die höchsten Menschheitsrechte. Sie verdienen unsere Achtung und unsere Dankbarkeit, sie verdienen aber auch unseren Entschluß, ihnen nachzueifern und mit aller Hingabe für die Freiheit und Menschenwürde einzutreten, zu kämpfen für sie, die gekämpft haben und sterben mußten. Wir haben den Mahnruf der Toten von Ostberlin verstanden und wollen nicht ruhen und rasten, bis der Tag der Freiheit für alle gekommen ist. (Starker Beifall bei Ö*P, SPÖ und WdU).

Stadtrat Sigmund bezeichnet es in seinem Schlußwort als verständlich, daß sich die Debatteredner den politischen Ereignissen der letzten Tage zuwandten. Er jedoch müsse sich mit dem eigentlichen Thema beschäftigen. Er bezeichnet die heutige Vorlage als den Versuch einer vorsichtigen Ausbalancierung der Möglichkeiten im Rahmen der vorhandenen finanziellen Mittel. Es ist allen bekannt, wie ungemein schwer die Zeit nach 1945 zu überwinden war und wie mühselig die Stadtverwaltung und ihr gesetzgebendes Organ, die Landesregierung, zu Werke gehen mußte, um den Ausgleich zwischen den Belastungen und der Sicherung des Lebens der Bewohner dieser Stadt herbeizuführen. Es wäre natürlich eine Besserstellung mancher Gruppen noch wünschenswert, im großen gesehen ist die Besserstellung der öffentlichen Angestellten jedoch auf gutem Wege und ihre etappenweise Durchführung kann nicht als ein Vertrösten auf den "Nimmerleinstag" bezeichnet werden. Den Ausführungen des Abg. Doppler, der die Novellierung als einen Bettel bezeichnet hatte, könne er sich nicht anschließen, da der hierfür aufgewendete Betrag 378,3 Millionen Schilling ausmacht. Es ist dies eine sehr große Summe, sodaß die etappenweise Durchführung dieser Erhöhung beschlossen werden mußte, um erst die Voraussetzungen zu schaffen, aus dem Budget den Betrag herausnehmen zu können ohne die gesamte Verwaltung dadurch zu erschüttern. Gerade GR. Doppler trete immer gegen die Erhöhung von Steuern auf. Wenn aber keine Erhöhungen vorgenommen werden sollen, dann müßte dieser Betrag in einer anderen Verwaltungsgruppe eingespart werden. Es sei sehr leicht zu fordern, die Gehälter müssen hinauf und die Steuern müssen herunter, wenn man nicht gleichzeitig sagt, woher die Bedeckung für eine solche Forderung genommen werden soll. Weil jedoch die Stadtverwaltung ernst und verantwortungsvoll arbeitet, braucht sie die nötige Zeit zur Ausbalancierung der Budgetmittel. Die heute vorgelegte Novelle ist in echt demokratischer Art in einem freien Meinungs austausch über die Notwendigkeit der Angestellten und über die Möglichkeiten der Stadtverwaltung nach monatelanger Vorberatung im Rahmen von Verhandlungen mit der Bundesregierung und im eigenen Haus zustande gekommen.

Es wäre zu wünschen, daß in allen Ländern Lohnvereinbarungen auf dieser Grundlage abgeschlossen werden. Es wäre dann das traurige Beispiel Ostdeutschlands erspart geblieben. (Lebhafter Beifall.) Die Gesetzesvorlage wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Zwei Abänderungsanträge und ein Resolutionsantrag des Abg. Dr. Soswinski wurden abgelehnt.

Wiener Gemeinderat

=====

26. Juni (RK) Im Anschluß an den Landtag trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftstizung zusammen. Im Einlauf befanden sich 17 Anfragen und ein dringlicher Antrag der WdU, 5 Anfragen, davon eine dringliche, und 3 Anträge des Linksblockes und 1 Anfrage der ÖVP.

Als ersten Tagesordnungspunkt referiert Stadtrat Sigmund (SPÖ) einen Antrag auf Änderung des Übereinkommens zwischen der Stadt Wien und der Direktion des Rudolfinerhauses, der ohne Debatte angenommen wurde.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referiert über die Einführung eines Kindertarifes auf den Autobuslinien 21 und 21 A, die der Wiener Gemeinderat nachträglich genehmigen soll. Der Referent führt aus, daß sich die Verkehrsbetriebe auf Grund von wiederholten Anregungen der Österreichischen Volkspartei, ferner auf Grund von zwei Anträgen der Sozialistischen Partei und des Linksblockes, schließlich auf Grund einer Anfrage der ÖVP, über Weisung entschlossen haben, einen Antrag auf Einführung eines Kindertarifes zu stellen. Der Antrag lautet, daß auf den Autobuslinien Grinzing-Cobenzl und Grinzing-Kahlenberg Kinder bis zum vollendeten vierten Lebensjahr unentgeltlich befördert werden; sonst sind für jedes Kind unter 1,50 Meter Größe für eine Fahrt Grinzing-Cobenzl oder umgekehrt sowie für die Fahrt Kahlenberg-Leopoldsberg oder zurück einheitlich 1 Schilling, für die Bergfahrt Grinzing-Kahlenberg 1.50 Schilling und für die Talfahrt Kahlenberg-Grinzing 1 Schilling zu entrichten. Bürgermeister Jonas hat bereits am 27. Mai die Genehmigung zur Einführung des Tarifes erteilt; der Tarif ist seit 31. Mai wirksam. Der Referent weist darauf hin, daß seither die Schulen in erheblichen

Ausmaß von dieser neuen Einführung Gebrauch machen.

GR. Wicha (WdU) begrüßt die Vorlage, die den Kindern die Fahrpreisermäßigung zugesteht. Er vertritt jedoch die Meinung, daß diese Regelung eine allgemeine werden und grundlegend geändert werden müßte. Er erinnert an die von seiner Fraktion schon gestellten Anträge, den Kindertarif auf der Straßenbahn nicht der Größe sondern dem Alter nach einzuführen. Ferner sollte erlaubt sein, Kinderwagen mitzuführen. Er ersucht aus Anlaß dieser Beschlußfassungen seine Anregungen zu überlegen.

GR.Dr. Fiedler (ÖVP) sagt, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen, wird sicher von allen Fraktionen dieses Hauses auf das wärmste begrüßt. Er unterstreicht die Unterstützung, die der Antrag durch seine Partei gefunden hat und stellt mit Befriedigung fest, daß durch diese Neueinführung dem berechtigten Wunsch nach einer gerechten Behandlung kinderreicher Familien entsprochen wurde. Es ist aber auch zu begrüßen, daß die beiden Linien nicht mehr als Luxuslinien betrachtet werden. Die Tarifbemessung zeigt ferner, daß man hier wirklich sozialpolitischen Gründen Rechnung getragen hat. Eine finanzielle Einbuße der Verkehrsbetriebe wird wohl durch die stärkere Frequenz ausgeglichen werden.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger sagt im Schlußwort, daß ein Antrag der WdU wegen Abänderung des Kindertarifes auf der Straßenbahn in der letzten Sitzung des zuständigen Ausschusses behandelt wurde. Man hat darüber ausführlich gesprochen, mußte jedoch auf Grund der vorliegenden Unterlagen und der Praxis in anderen Städten Europas den Antrag ablehnen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger betonte jedoch, daß Wien in der ganzen Welt den niedrigsten Kindertarif hat. Die Verkehrsbetriebe gewähren 80 Prozent Ermäßigung, während sich in allen anderen Städten die Ermäßigung nur um etwa 40 bis 50 Prozent bewegt.

Im übrigen können auf der Straßenbahn zusammenlegbare Kinderwagen befördert werden. Die Wiedereinführung der Beförderung von nichtzusammenlegbaren Kinderwagen ist jedoch auf Grund des derzeitigen Wagenmangels nicht möglich.

Zu den Ausführungen von GR.Dr.Fiedler bemerkt der Stadtrat, er wäre immer dagegen gewesen, die Linien auf **den Kahlenberg** und Leopoldsberg als Luxuslinien zu bezeichnen. Die Erholung gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Bevölkerung. Er vertrat in diesem Zusammenhang auch den Standpunkt, daß der öffentliche Verkehr in Wien modernisiert und ausgebaut werden müsse, auch wenn eine Wirtschaftlichkeit nicht erzielt werden kann. Es handelt sich hier um das gleiche Problem wie beim Bau von Wohnungen, die auch heute kein Geschäft sind, aber trotzdem gebaut werden müssen, weil das Bedürfnis dafür vorhanden ist. In diesem Sinn, versprach Stadtrat Nathschläger, werde es weiter sein Bestreben sein, die Modernisierung und den Ausbau des Verkehrswesens fortzusetzen. (Beifall der ÖVP)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

StR. Resch (SPÖ) referiert über die zweite Subventionsliste 1953. Beim Wiener Magistrat sind wieder eine Reihe von Subventionsansuchen eingelangt; es handelt sich durchwegs um Organisationen oder Vereine, die schon seit vielen Jahren von der Gemeinde subventioniert werden. Es sollen bekommen: Der Bund für alkoholfreie Jugenderziehung wie im Vorjahr 3.000 S, die Liga für Menschenrechte ebenfalls 3.000 S, die Bezirksstelle Klosterneuburg des Österreichischen Roten Kreuzes, die in Klosterneuburg für die Stadt Wien den Kranken- und Rettungsdienst besorgt, 5.000 S, die Österreichische Tuberkulosegesellschaft 5.000 S, der Verein zur Beschäftigung und Versorgung erwachsener Blinder 10.000 S, der Rennverein und Trabrennverein je 33.000 S für den dort seit Jahrzehnten durchgeführten Preis der Stadt Wien. Die Gesamtsumme beträgt 92.000 S.

GR.Dr.Matejka (LBl.) wiederholt seinen Antrag aus den letzten Jahren, die Summe, die für den Pferdesport ausgeworfen wird, der Krebsforschung zur Verfügung zu stellen. Er erinnert daran, daß anlässlich der Budgetdebatte im vorigen Jahr von der ÖVP der Antrag gestellt wurde, in jedem zweiten Wiener Bezirk eine Gesundenuntersuchungsstelle einzurichten. Seither sind die Wahlen vergangen, aber das Thema wird überhaupt nicht berührt. Der Redner weist auch darauf hin, daß in den letzten fünf Jahren für den Pferdesport 400.000 S an Subventionen ausgegeben

wurden, demgegenüber für die Krebsforschung nur 22.000 S.

StR.Resch sagt: "Ich bitte zu verstehen, daß ich es noch unter dem Eindruck der Ereignisse, die sich heute in diesem Saal abgespielt haben, ablehne, mich über kulturelle Fragen mit dem Mitglied einer Partei auseinanderzusetzen, die die größte Kulturschande gutheißt, daß auf wehrlose Menschen, die um ein Stückchen Freiheit demonstriert haben, mit Panzern und Maschinengewehren geschossen wird. Ich verzichte daher auf das Schlußwort!" (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Bei der Abstimmung wird der Antrag Dr.Matejka abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen.

StR.Thaller (SPÖ) referiert über einen Zubau zu der Schule in Ebling im 22.Bezirk, wodurch vier neue Schulräume und einige andere Nebenräume geschaffen werden sollen. Die Kosten betragen 1,6 Millionen Schilling.

GR.Helene Potetz (SPÖ) übernimmt den Vorsitz.

GR.Hausner (LBl.) erinnert daran, es sei ein Jahr her, daß er einen Antrag gestellt habe, die katastrophalen Schulverhältnisse in Ebling zu erleichtern. Der heutige Antrag ist nur teilweise befriedigend. Außerdem herrsche auch in einem anderen Teil des 22.Bezirkes, und zwar in Kagran große Schulnot. Er ersucht dringend, in Ebling und Kagran möglichst bald die Schulnot zu beseitigen.

StR.Thaller antwortet darauf, man kenne diese Sorgen und Mängel, die Schule in Kagran sei bereits geplant, und man werde voraussichtlich noch in der letzten Gemeinderatssitzung vor den Ferien den entsprechenden Sachkreditantrag stellen. Mit Beginn des Schuljahres soll diese neue Schule bereits fertig sein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

StR.Thaller (SPÖ) vertritt sodann den Antrag des Stadt-senates, die Errichtung eines Schulpavillons in Wien 21., Kapellerfeld, Ecke Mittelgasse und Schillergasse, mit einem Gesamterfordernis von 520.000 S zu genehmigen. Der Pavillon soll noch zu Beginn des kommenden Schuljahres in Betrieb genommen werden.

GR.Maller (LBl.) begrüßt es, daß in diesem Stadtgebiet eine Schule errichtet werden soll, verlangt aber Vorsorge dafür, daß jede Schulklasse ein eigenes Klassenzimmer bekommt. Er bemängelt, daß nur Petrolgasbeleuchtung vorgesehen ist, und verlangt elektrisches Licht für die Schule.

Stadtrat Thaller (SPÖ) verweist in seinem Schlußwort darauf, daß die Schule nur für die Kleinsten dieses Gebietes, also für die ersten zwei Klassen gedacht ist. Die Schülerzahl sei dort nicht groß. Petrolgasbeleuchtung müsse deswegen genommen werden, weil die Elektrifizierung dieser Siedlung noch nicht weit genug fortgeschritten sei.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters angenommen.

Zur Verhandlung gelangen sodann gemäß dem Bericht des Stadtrates Dkfm. Nathschläger (ÖVP) der Rechnungsabschluß 1951/52 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg sowie die Wirtschaftspläne des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg für das Wirtschaftsjahr 1953/54.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) weist an Hand des Berichtes über die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien das Zurückbleiben der Löhne der Angestellten hinter den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte nach. Während die Löhne nur auf das Vier- bis Fünffache gestiegen sind, ist der Preis für Zuckerrübe von 5.73 im Jahre 1937 auf 37.70 S im Jahr 1951 angestiegen, für Kartoffeln von 5.20 S im Jahre 1937 auf 89.21 S im Jahre 1951, also auf das Siebzehnfache, für Milch von 25.4 S je hundert Liter im Jahre 1937 auf 161.6 im Jahre 1951/52. Die Politik der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien ist weder eine Politik im Interesse der Konsumenten, noch eine Politik im Interesse der Klein- und Mittelbauern, sondern sie ist eine Politik im Interesse der Großgrundbesitzer. Das ist auch der entscheidende Grund, warum der Linksblock weder dem Rechnungsabschluß, noch den Wirtschaftsplänen seine Zustimmung geben kann:

GR. Fronauer (SPÖ) hebt die Bemühungen der Landwirtschaftsbetriebe zur Bekämpfung der Landflucht hervor. Diese haben für die Angestellten modern eingerichtete Häuser mit Fließwasser, Bad, Deputatkeller usw. gebaut und werden in dieser Richtung weitergehen. Gegenüber dem GR.Dr. Soswinski begrüßt er die Maßnahmen zugunsten der Angestellten der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien und betont, daß die Gemeinde Wien in ihren Landwirtschaftsbetrieben bestrebt ist, der gesamtösterreichischen Landwirtschaft beispielgebend voranzugehen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) weist im Schlußwort besonders auf die Notwendigkeit von Investitionen in den Landwirtschaftsbetrieben hin. Diese Notwendigkeit bestehe darüber hinaus für die gesamte Volkswirtschaft. Dazu bedürfe es aber der Opfer der gesamten Bevölkerung. Ob diese nun in Form von Steuern und Abzügen vom Lohn oder durch die Preisentwicklung gebracht werden, ist eine sekundäre Frage. Tatsache ist jedenfalls, daß die Differenz zwischen Löhnen und Preisen als Folge des Krieges nach wie vor besteht und nur sukzessive in einem lange andauernden Gesundungsprozeß abgebaut werden kann. Der Bau weiterer Landarbeiterhäuser sei in Aussicht genommen.

Damit ist die Debatte geschlossen und der Gemeinderat genehmigt mit Mehrheit den Rechnungsabschluß 1951/52 sowie die Wirtschaftspläne 1953/54 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referiert sodann über die Neuregelung der Bezüge für die städtischen Bediensteten und Pensionisten, einschließlich der der städtischen Unternehmungen, so wie sie der Landtag für die Beamten bereits beschlossen hat.

GR. Doppler (WdU) erklärt, es wäre hierzu dasselbe zu sagen, als zu der im Landtag beschlossenen Regelung. Er möchte jedoch auch seine bereits mehrere Male gestellte Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit für die städtischen Bediensteten wiederholen. Auf dem Gebiete der Lohnpolitik schließe sich die Gemeinde Wien immer dem Bund an, für eine gleiche Arbeitszeit wäre sie jedoch noch nicht eingetreten.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) stellt den Abänderungsantrag, die stufenweise Angleichung bei den Pensionsparten durch eine sofortige Angleichung zu ersetzen.

Stadtrat Sigmund erklärt im Schlußwort, daß nach Absprache mit der Gewerkschaft und Personalvertretung auch bei den Pensionsparteien eine stufenweise Angleichung erfolgen soll.

Der Abänderungsantrag des GR.Dr. Soswinski wurde gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt, der des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Die dringliche Behandlung der Anfrage der Gemeinderäte Hausner (LBl.) und Genossen, betreffend "die von den Koalitionsparteien beschlossene Verschlechterung des Wohnungsanforderungsgesetzes", wurde abgelehnt. Die Anfrage wird auf schriftlichem Wege beantwortet werden.

Dem Dringlichkeitsantrag der GRe.Dipl.Ing.Haider (WdU) und Genossen, der eine Sympathiekundgebung der Stadt Wien für die Berliner Bevölkerung anlässlich der jüngsten Ereignisse und Überweisung von 500.000 Schilling an die Opfer beinhaltet, wurde die Dringlichkeit gegen die Stimmen der WdU abgesprochen. Der Antrag wird dem Gemeinderatsausschuß II zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Anträge auf die Entwürfe, die Kosten und die Baubewilligung für zehn neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 976 Wohnungen. Die Kosten dafür betragen 77,5 Millionen Schilling. Mit dem Bau der neuen Häuser wird sofort begonnen werden. Weiter wurde ohne Debatte beschlossen der Neubau der Hauptfeuerwache Ottokring-Hernals auf dem Johann Nepomuk Berger-Platz, für welches Projekt rund 10 Millionen Schilling erforderlich sind, ferner mehrere Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Ankäufe und Sachkredite.

In einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung stimmte der Wiener Gemeinderat zu, die von der Wiener Stadtverwaltung ehrenhalber verliehenen laufenden Zuwendungen zu erhöhen. Jede der 131 Personen, die von der Gemeinde Wien eine Ehrenzuwendung erhalten, sollen auf den bisher gewährten Teuerungszuschlag 30 Schilling daraufbekommen. Diese Neuregelung, die rückwirkend mit April 1953 in Kraft tritt, erfolgt in Anpassung an die ebenfalls schon im April erhöhten Fürsorgerenten.

Festwochenkehrhaus

Mehr als 600.000 Besucher bei den Festwochenveranstaltungen

26. Juni (RK) Auf Einladung des Österreichischen Presse-Clubs gab heute nachmittag Stadtrat Mandl einen Abschlußbericht über die Wiener Festwochen 1953. Er leitete seine Ausführungen mit den Worten ein, die er auch bei der Eröffnung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses gebraucht hatte: "Die Vielfalt der Veranstaltungen unterscheidet uns von allen anderen Festspielstädten, und wenn auch die Festwochen sicher noch nicht ihre endgültige Gestalt gefunden haben, so scheint die Vielseitigkeit ihres Programms auch in Hinkunft ihr wesentliches Merkmal zu bleiben". Die Vielfalt der auf hohem Niveau stehenden kulturellen Institutionen in Wien, so betonte Stadtrat Mandl, erweist sich als ein besonderes Problem für die Festwochen. Der Wiener kulturelle Alltag ist anderswo eine besondere Leistung. Es gilt also, während der Festwochen den künstlerischen Alltag zu steigern. Dies ist natürlich nicht leicht. Stadtrat Mandl erwähnte auch, daß man den Versuch gemacht habe, allein aus dem Musikprogramm der Festwochen 1953 "normale" Festspielprogramme zu bilden. Es ist dabei gelungen, ohne Mühe ein Programm für drei Festspiele zusammenzustellen.

In Zusammenhang mit verschiedenen widersprechenden Pressemeldungen nannte Stadtrat Mandl einige Zahlen über die Kosten der Wiener Festwochen. So wurden für die Werbung 300.000 S ausgegeben, für die Musikveranstaltungen 550.000 S, für die Theater (ohne Schönbrunn) 500.000 S und für die Ausstellungen 230.000 S. Insgesamt zählten die Wiener Festwochen 335.352 Besucher, dazu kommen noch die Teilnehmer an den 165 Bezirksveranstaltungen und den Kirchenmusikveranstaltungen; erfahrungsgemäß sind dies ebensoviel, sodaß die Gesamtzahl der Besucher mehr als 600.000 betragen dürfte. Im einzelnen wurden in den Theatern bei 71 Aufführungen 184.292 Besucher gezählt; die Gesellschaft der Musikfreunde verzeichnete bei ihren 16 Konzerten

23.150 Besucher; bei den 16 Konzerten der Konzerthausgesellschaft wurden 16.400 Besucher gezählt; die übrigen Konzerte verzeichneten eine Zahl von 9.500 Besuchern; beim Eröffnungsakt und beim Schlußkonzert gab es 12.000, bei den Ausstellungen 88.945 Besucher.

Die Freilichtaufführungen im Schloß Schönbrunn konnten heuer wenigstens zweimal stattfinden. Beide Male war der "Figaro" ausverkauft, sodaß dabei 3.600 Besucher gezählt wurden. "Das Spiel vom Lieben Augustin" im Arkadenhof wurde bis jetzt 13mal gegeben; dabei zählte man 15.000 Besucher. Stadtrat Mandl betonte in diesem Zusammenhang, daß es sich beim Spiel im Arkadenhof um einen Versuch gehandelt habe; leider wurde dies von manchen Kritikern nicht berücksichtigt.

Nachdrücklich hob Stadtrat Mandl auch die Leistungen der Bundestheater hervor. Vor allem die Staatsoper hat in 20 Tagen 21 verschiedene Opern in erster Besetzung gebracht. Leider wurden die Wiener Festwochen mit den für diese Zeit festgesetzten Premieren von den Bundestheatern in Stich gelassen. So war die Premiere von "Viel Lärm um nichts" für den 3. Juni angesetzt, wurde dann auf den 15. verschoben und konnte erst am 20. Juni stattfinden. Die Premiere im Akademietheater sollte am 15. Juni stattfinden, ging aber erst am 19. Juni über die Bretter. Die Staatsoper verschob vom 12. auf 19. und die Volksoper sogar vom 14. auf den 25. Juni, also nach den Festwochen. Bei den Privatbühnen hatte das Volkstheater den größten Erfolg; es hatte auch die meisten Besucher und zwar 33.000.

Der Schwerpunkt der Wiener Festwochen lag auch heuer wieder im Musikprogramm. Über sein hohes Niveau waren sich die Kritiker einig.

Unter den Ausstellungen hob der Stadtrat die Donau-Ausstellung im Künstlerhaus hervor, bei der der Versuch gemacht wurde, vor allem dem Ausstellungsgedanken zu dienen und diesem die Gestaltung unterzuordnen.

Die Bezirksveranstaltungen bekommen allmählich immer höheres Niveau. Auch die Besucherzahlen entwickeln sich sehr erfreulich. So wurden bei der Ausstellung in Favoriten 7.000 Besucher ge-

zählt, in Ottakring 4.000 und in Liesing 4.200.

Von den Kongressen hatte besonders der Internationale Städtekongreß großen Erfolg. Ferner wurden Kongresse der Bibliothekare und Dokumentalisten abgehalten und eine Internationale Journalistenkonferenz.

Unter den übrigen Veranstaltungen ist der Schaufenster-Wettbewerb zu erwähnen und eine wirklich hübsche und wienerische Einführung: "Der Tag der Blumen".

Abschließend stellte Stadtrat Mandl fest, er glaube, daß man im heurigen Jahr mit dem Ergebnis der Festwochen zufrieden sein könne. Die Festwochen waren gegenüber dem vergangenen Jahr wieder ein Schritt vorwärts. Man habe dies auch am steigenden Interesse in Österreich und im Ausland bemerken können.

Die beiden Favoritner Ausstellungen wurden verlängert

25. Juni (RK) Die im Mai im Festsale der Bezirksvorstehung Wien 10., Gudrunstraße 130, eröffnete Sonderausstellung "Das Werden Favoritens", wie auch die im ehemaligen Gemeindehaus in Ober-Laa untergebrachte Ausstellung "Ober-Laa einst und jetzt" wurden bis 5. Juli verlängert.